

# Die Rote Brücke

Zeitung der SPD Friedrichshain-Kreuzberg



Freitag, 11. Juli 2008, 13 Uhr bis 18 Uhr  
Symposium „Unsere Spree –  
Mut zu nachhaltiger Stadtentwicklung“  
im Radialsystem V.

## Jeder Quadratmeter eine Goldgrube

Grüner Ausverkauf an der Spree



**Es blüht die maßlose Spekulation! Im größten und wichtigsten Entwicklungsbereich des Bezirks bestimmen die Investoren, was gebaut wird.**

chen sahen in den 90er Jahren eine offene, aufgelockerte Uferbebauung, eine großzügige Ufergestaltung und eine kleinteilige, urbane Mischung von Wohnen und Gewerbe vor. Der Autoverkehr sollte von den Verkehrsschneisen Mühlenstraße und Stralauer Allee zwischen Ostbahnhof und Eisenbrücke weg- und auf die Brachflächen der Bahn verlegt werden, um das Spreeufer von Lärm und Abgasen zu befreien. Der Traum eines hoch attraktiven Spreeraums am Friedrichshainer Ufer schien greifbar nah.

Entlang der Köpenicker Straße in Kreuzberg herrschte – 18 Jahre lang seit dem Fall der Mauer – Stillstand. West-Berlin tat sich lange schwer, nach 1989 von längst überholten Plänen von Industrie- und Gewerbeflächen entlang der Spree abzulasen. Das Gelb der Container und LKW der Firma Zapf-Umzüge bestimmte hier bis vor Kurzem das Stadtbild.

Doch dann, Ende der 90er kam der US-amerikanische Milliardär Anschuetz, versprach Berlin eine Veranstaltungshalle am Ostbahnhof und eine Büro-City wie am Potsdamer Platz, verlangte freies Schalten und Walten und ein neues Straßenschließungssystem.

*Bitte blättern Sie um.*

*Schöne neue Welt? Büroriegel fast bis an die Uferböschung, dazwischen ein wenig Begleitgrün mit Alibi-Funktion: An der Eisenbrücke ist das bereits Realität!*

organisierte Marketing-Verein. Es geht um stolze 1,6 Millionen Quadratmeter Bauland, bei Bodenwerten zwischen 500 und 1.200 Euro pro Quadratmeter ein Immobilienvermögen von inzwischen über einer Milliarde Euro.

Bis Ende der 90er Jahre war dieser Schatz eher noch verborgen und theoretischer Natur. Überwiegend landeseigene Lager- und Hafentflächen auf beiden Seiten der Spree oder überflüssige Verkehrsstraßen und Bahngelände auf Friedrichshainer Seite vermittelten einen trostlosen Eindruck. Ihr Bodenwert lag meist nur bei einer Handvoll Euro pro Quadratmeter.

Der Senat plante noch selbst. Pläne, Gutachten und städtebauliche Wettbewerbe für die Post- und Bahnbra-

Die gebaute Zukunft der Friedrichshain-Kreuzberger Spreeufer steht in Treptow und Mitte. Hier, an den „Allianz-Treptowers“ an der Eisenbrücke oder vor der ziegelroten ver.di-Treptzburg an der Schillingbrücke, lässt sich schon heute bewundern, was Bezirksbürgermeister Franz Schulz (Grüne) und einige Großinvestoren seit Jahren und bis 2007 eher unbemerkt von der Berliner Öffentlichkeit für den Spreeraum planen: monströse Bürokomplexe, monotone Stadt, die gebaute Verriegelung der Stadt-Spree.

„mediaspree e.V.“, die Vermarktungs-Gesellschaft der Grundstückseigentümer an der Spree, trommelt seit Jahren mit teuren Broschüren und aufwendigen Animationen für eine klare Vision: Jeder Quadratmeter an der Spree soll eine Goldgrube werden. Die Eigentümer von 160 Hektar Neuordnungsfäche zu vertreten, brüstet sich der harmlos anmutende, wie Kaninchenzüchter

## Bezirksamt gibt rund 600.000 Euro für die Vergoldung privaten Grundvermögens

Von Geld verstehen die Mitglieder des Vereins „Mediaspree“ offenbar mehr als der Bezirk: Trotz explodierender Bodenpreise und Vermögen beantragte Mediaspree e.V. im Jahr 2003 beim Bezirksamt 600.000 Euro öffentliche Förderung für den eigenen PR-Aufwand, genannt „Kommunikation“. Das reichte, um für Hochhausplanungen, eine Grundstücksausnutzung wie am Potsdamer Platz und den Investitions-Standort kräftig werben zu können.

Im Beirat von Mediaspree e.V. sitzt seit Jahren der Grüne Franz Schulz neben dem ehemaligen FDP-Senator und heutigen Immobilienentwickler Walter Rasch oder der Vertreterin von Wirtschafts-enator Harald Wolf (Linke), Frau Monika Piefke. Der grüne oder linke Einfluss auf die Aktivitäten von mediaspree ist gesichert.

In einem Brief an zahlreiche Grundstückseigentümer und Investoren an der Spree teilte Mediaspree-Geschäftsführer Meyer am 24. Juni demonstrativ mit, nachdem er Rücksprache mit seinem Vorstand und Beirat hielt, die Einladung zum Symposium „Unsere Spree – Mut zu nachhaltiger Stadtentwicklung“ der SPD Friedrichshain-Kreuzberg und des Arbeitskreises „Spree-Rat“ veranstalten, auszuschlagen. Regionalmanagement Mediaspree: öffentliche geförderte Gesprächsverweigerung – oder gar institutionalisierter Missbrauch?

Seit Ende 2006 sitzt der neue SPD-Wirtschaftsstadtrat im Bezirk, Peter Beckers, im Beirat. Er lehnt eine weitere Förderung von „Regionalmanagement mediaspree e.V.“ aus öffentlichen Mitteln ab. Noch ist es aber möglich, sich ein objektives Bild von den Mediaspree-Plänen zu machen. Folgender link gibt Aufschluss.

<http://www.mediaspree.de/Luftbildmontagen.42.o.html>

*Träume von gestern: Die maximale Verdichtung des Spreuefferraums mit Gewerbekomplexen ist ein Planungschild der frühen goer Jahre. Inzwischen hat die raue Wirklichkeit Fakten geschaffen: Berlin ist führend – beim Leerstand von Gewerbeflächen!*

Mit freundlicher Genehmigung von mediaspree e. V.



(Fortsetzung von Seite 1)

Der Senat gab zuvorkommend eigene städtebauliche Leitbilder auf, um nicht den Unwillen des Großinvestors zu erregen. Der Bezirk baute bereitwillig für 25 Millionen Euro das Straßensystem auf und vor dem Anschuetz-Areal aus.

Nachdem Anschuetz dem Bezirk auch noch einen grell erleuchteten Werbe-Screen am Spreeufer abgetrotzt hatte, begann er mit Verzögerung den Bau der versprochenen Halle, die ab diesem Herbst Heimstatt der „Berliner Eisbären“ sein wird. Die Pläne für die Büro-City wurden dagegen auf Eis gelegt.

Auf Anschuetz folgte wenig später – im frisch vereinigten Friedrichshain-Kreuzberg – der grüne Stadtplanungschef und – seit 2006 – Bürgermeister Franz Schulz und mit ihm eine immer investorenfreundlichere Planungspolitik des Bezirks. Unter ihm verkaufte der Bezirk die Einflussnahme auf Bauplanungen an die Grundstückseigentümer – für ein paar wenige Millionen Euro der Grundeigentümer für einen schmalen, spärlichen Uferweg und wenige tausend Quadratmeter Straßengleitgrün entlang der East Side Gallery. Qualitätsansprüche an die Gestaltung der „Uferpromenade“, wie Bürgermeister Schulz den Betonplattenweg entlang des Osthafens seitdem vollmundig nennt, waren gar nicht erst formuliert worden.

**Anstelle einer Planungspolitik mit Niveau, die den Spreeraum für die Stadt zurückgewinnt, praktiziert man eine fast zynisch anmutende Genehmigungspraxis für Investoren, die man an einer der wertvollsten Standorte im Bezirk nun wirklich nicht braucht.**

Schulz garantierte den Eigentümern der Uferflächen durch großzügige Gewährung von Baurechten explodierende Bodenpreise. Die Arbeit an Bebauungsplänen, durch die der Bezirk hätte vorschreiben können, wie und für wen gebaut wird – Büros oder Wohnungen, hoch oder niedrig, Grün mit Aufenthaltsqualität oder als winzige Restflächen – wurde eingestellt, oder es wurde einfach nur übernommen, was die Investoren wünschten. „Die Bezirke, bei denen heute in weiten Teilen die Planungshoheit für neue Projekte liegt, sind mit solchen Fragen hoffnungslos überfordert“, klagt der Berliner Architekturkritiker Dieter Hoffmann-Axthelm.

**Dass das Baugesetzbuch der öffentlichen Hand ermöglicht, Bodenwertzuwächse aufgrund öffentlicher Bauleitplanung per Bescheid oder Vertrag abzuschöpfen, überforderte die Politiker des armen und – zumindest gefühlt – linken Bezirks.**

Seitdem blüht die maßlose Spekulation und bestimmen im größten und wichtigsten Entwicklungsbereich des Bezirks die Investoren, was gebaut wird. Per Wink mit Schadensersatzdrohungen pochen sie auf ihre Rechte, falls der Bezirk seine Politik ändern wollen sollte. „Man konnte nur noch resignieren“, sagt der Leiter eines Berliner Planungsbüros über seine unangenehmen Erfahrungen, als er für ein Projekt in Friedrichshain eine geringere bauliche Dichte im Bebauungsplan festschreiben wollte. Mehrere 100 Millionen Euro Grundstückswertanstieg dank der öffentlichen Planung der letzten Jahre lässt sich niemand gern wegnehmen, auch wenn sie überwiegend vorerst noch reine Spekulation sind.



*Was ein pulsierendes Gewerbequartier werden sollte, beschränkt sich heute weitgehend auf eine fast fertige Sportarena. Obwohl das gesamte Quartier voll erschlossen ist, sollen hier auf absehbare Zeit keine weiteren der ursprünglich geplanten Gebäude errichtet werden.*

Das Baugesetzbuch ermöglicht der öffentlichen Hand, durch die Bauleitplanung entstehende Bodenwertzuwächse teilweise bei den Grundstückseigentümern abzuschöpfen und für öffentliche Investitionen zu verwenden. Doch dies überforderte die Politiker des so armen wie zumindest „gefühlte“ linken Bezirks. Statt einen dreistelligen Millionenbetrag für eine großzügige Ufergestaltung oder die Planung und Realisierung eines neuen Verkehrskonzepts im Spreeraum einzunehmen, wurde dieses Recht weitgehend verspielt. Schon ein mickriger Anteil am Wertzuwachs war der grünen Selbstgerechtigkeit genug.

**Die Arbeit an Bebauungsplänen, durch die der Bezirk hätte vorschreiben können, wie und für wen gebaut wird, wurde weitgehend eingestellt. Oder es wurde einfach nur übernommen, was die Investoren wünschten.**

Diese Errungenschaften grünen Kampfgeistes im Wahlkreis des Vorzeige-Linken Christian Ströbele trösteten kaum noch die engsten Parteifreunde von Bürgermeister Schulz. Die Anschuetz-Gruppe und andere Grundeigentümer kosteten

sie nur ein Lächeln. Gäbe es in Berlin ein Stadträte-Ranking der Investoren, würde Schulz ganz vorn abschneiden. „Schulz ist ein guter Mann“, heißt es in dieser Szene schnell. Ein Projektentwickler an der Spree lobt: „Auf den ist Verlass, der sorgt dafür, dass man ohne viel Zeit zu verlieren eine Baugenehmigung bekommt.“ Und niemand warnt lauter vor einer auf den Bezirk zurollenden Lawine von Schadensersatzforderungen als der Grüne Schulz. „Wie wollen Sie Eltern an einer Schule klarmachen, dass wir dann die Schulsanierung um vier Jahre zurückstellen müssen?“, fragt er stereotyp Kritiker seiner Planungspolitik.

Bis vor Kurzem waren die Grundstückseigentümer an der Spree allerdings überwiegend landeseigene Gesellschaften, die BEHALA und die BSR. Deren Auftrag, durchgesetzt durch Aufsichtsratschef Harald Wolf (PDS/Linke) lautet, aus exzessiver Bodenspekulation mit ihren Spreegrundstücken möglichst große Gewinne für den Landeshaushalt zu erzielen. Folgsam unterstützt die Fraktion der Linken in der Bezirksverordnetenversammlung seit Jah-



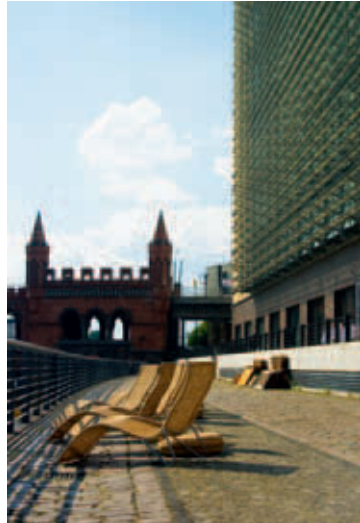
**Bei diesem Bürgerentscheid geht es nicht nur um die Abwehr eines CDU-Angriffs auf linke Symbolpolitik, wie bei der Benennung einer Straße nach Rudi Dutschke im vergangenen Jahr.**

ren treu und kritiklos den grünen Ausverkauf der Spree und begrüßt leidenschaftlich jeden Großinvestor und jedes Hochhaus-Projekt.

Seitdem warnen Grüne und Linke in trauriger Eintracht davor, dass die privaten und landeseigenen Spekulanten an der Spree vom Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg rund 160 Millionen Schadensersatz verlangen könnten, wenn ihnen durch weniger investorenfreundliche Planungen ein Teil ihrer Baurechte entzogen würde. So sehr sich Finanzsenator Sarrazin über jede Million Euro freut, die ihm die Planungspolitik des Bezirks und seiner Senats-Kollegen für Wirtschaft und Stadtentwicklung beschert: Dass der Senat seine Unternehmen BEHALA und BSR auffordern würde, den Bezirk in den Ruin zu verklagen, falls



Mitte oben: die Berliner verdi-Zentrale an der Schillingbrücke; darunter: Brachfläche vor der East-Side-Gallery Rechts: die halböffentliche „Uferpromenade“ vor dem Universal-Hauptquartier – schmal wie ein Badehandtuch!



Anwohnerprotest in der Manteuffelstraße

**Am 13. Juli geht es um viel Geld — und um grüne Macht. Es ist dies auch die Macht zum Verramschen eines der schönsten Stadtentwicklungs-Potenziale der Stadt.**

dieser seine aus dem Ruder gelaufenen Pläne zurückschrauben sollte, erscheint dabei unwahrscheinlich.

Das könnte auch der Bürger ahnen, der am 13. Juli zu einem neuen Bürgerentscheid gerufen wird. Diesmal geht es nicht — wie Anfang 2007 — um die Abwehr eines CDU-Angriffs auf linke Symbol-Politik, die Umbenennung einer Straße nach Rudi Dutschke. Am 13. Juli geht es um viel Geld — und grüne Macht. Die Macht zum Verramschen eines der schönsten Stadtentwicklungspotenziale der Stadt.

Diese Freiheit nicht zu verlieren, ist den Grünen und ihrem Vormann Schulz viel Geld wert. 250.000 Euro kostet der Bürgerentscheid, so viel wie die in der öffentlichen Debatte mittlerweile inflationär strapazierte Renovierung einer Schule. Die Initiatoren des Bürgerentscheids boten dem Bezirk in letzter Minute an, auf die Abstimmung im Juli zu verzichten. Ihre Forderung: Das Bezirksamt solle sich für ein halbes Jahr auf einen verbindlichen Dialog und eine intensive Überprüfung der Planungen im Spreeraum verpflichten.

Eine solche Beschneidung seiner faktischen Alleinentscheidungs-gewalt durch eine Basisinitiative lehnte Schulz ab. Willfährig folgten ihm Grüne, Linke, CDU und FDP. Mit

ihren Stimmen beschloss die Bezirksverordnetenversammlung gegen die SPD-Fraktion, den Bürgerentscheid durchzuführen. Verabschiedet wurde ein den abstimmungswilligen Bürger eher verwirrender, unverbindlicher Alternativtext, garniert mit dem Versprechen, auf die ohnehin nie geplanten Hochhausprojekte in Kreuzberg zu verzichten, und der nochmaligen Bestätigung des sowieso längst beschlossenen kärglichen Uferwegs an der Spree, der „Uferpromenade“.

**250.000 Euro kostet der Bürgerentscheid — so viel wie die Renovierung einer Schule!**

Manche Bürger sind nun ratlos. Wer will in Kreuzberg schon Hochhäuser, wer ist schon gegen einen beschlossenen Uferweg? Wie dieser gestaltet wird, ob er auch für Radfahrer oder Skater attraktiv ist, steht nicht zur Abstimmung. Am 13. Juli kommt es zum ersten Bürgerentscheid, bei dem zwei Alternativen zur Abstimmung stehen, ohne dass klar wird, worin sie sich letztendlich unterscheiden. Es ist sogar erlaubt, für beide zu stimmen.

Diesen Bürgerentscheid und 250.000 Euro Kosten hätte der Bezirk sich sparen können. Die Verwirrungs-taktik ist durchschaubar. Man hofft so zu erreichen, dass die Initiative „Spreeufer für alle“ scheitert. Dann käme das grün dominierte Bezirksamt umhin, seine Pläne und seine Politik überdenken zu müssen.

# 15.000 Arbeitsplätze dank mediaspree?

## Über die neuen „Job-Maschinen“ an der Spree

Eine einzigartige und gemeinnützige Erfolgsgeschichte zu sein, nimmt der Vermarktungsverein „Regionalmanagement mediaspree e. V.“ für sich in Anspruch. 15.000 Arbeitsplätze seien entstanden, Uferbereiche würden geöffnet, Uferwege angelegt. Für die „Belebung und Aufwertung“ der Spree-lagen, für das Radialsystem V, die Ansiedelung von Universal oder MTV und Investitionen von rund 1,7 Milliarden Euro gebühre „mediaspree“ Dank und Anerkennung. Marketing im Zeitgeist, aber mit fremden Federn.

Weder Radialsystem noch Universal kamen durch Mediaspree an die Spree. Jochen Sandig, Direktor des Radialsystems, wehrt sich gegen die Vereinnahmung durch den Marketing-Verein. „Die geplanten und schon realisierten Bürokomplexe haben nichts mit der heute so hochgelobten Kreativ-Wirtschaft zu tun. Wir sollen da nur verein-nahmt werden.“ Es werde seitens der bei Mediaspree organisierten Grundstückseigentümer nicht ernsthaft überlegt, mit der Kreativ-Wirtschaft, etwa der Bar25, zu kooperieren. „Dabei hat die Bar25 durchaus wirtschaftliches Potential und Kompetenz“, setzt sich Sandig für seine Nachbarn ein. „Aber mit Hochhausprojekten können die natürlich nicht konkurrieren.“



Die Universal-Zentrale ist Investoren zu verdanken, die bei mediaspree nicht Mitglied sind.



Hier stecken rund 4.500 Arbeitsplätze drin. Jedoch: Die „Treptowers“ entstanden Mitte der 90er-Jahre — also vor der Gründung von mediaspree.

Das „Radialsystem“ (im Bild unten rechts) ist nicht Mitglied im Verein mediaspree. Der „Trias“-Komplex (im Bild unten links) war jahrelang unter anderem Firmensitz des bundeseigenen Immobilienverwalters TLG. Jetzt zieht dort die BVG ein. Neue Arbeitsplätze durch „mediaspree“?

90er Jahre in den Allianz-Treptowers. Das Investitionsvolumen betrug hier angeblich rund 500 Millionen Euro. Da war die Marke „mediaspree“ noch nicht einmal erfunden.

Das gleiche gilt für die „Oberbaum-City“ mit 2500 Arbeitsplätzen oder den TRIAS-Komplex. 1200 BVG-Beschäftigte ziehen hierher im August 2008 um. Die „O2-World“ — Investitionsvolumen ca. 165 Millionen Euro, dafür waren Grundstück und Erschließung fast geschenkt — bringt angeblich 1400 Arbeitsplätze. Da wird für nur teilzeit-beschäftigte Aushilfskräfte die maximale Quote bei wenigen Großveranstaltungen im Jahr berechnet. Mit den Zahlen nimmt man es nicht so genau. Es geht ja nur um Marketing.



# Autobrücke über die Spree?

## Gretchenfrage Brommybrücke

Seit einem Jahr bewegt der politische Streit um den Neubau der Brommybrücke die Gemüter im Bezirk, vor allem aber im Kreuzberger Wrangelkiez. Am 13. Juli 2008 steht die Frage zum Bürgerentscheid an. Die Alternative lautet: Kommt ein Steg nur für Fußgänger und Radfahrer oder eine Brücke für den motorisierten Verkehr, wenn auch vorerst für Autos gesperrt und nur für BVG-Busse freigegeben, wie CDU, FDP, Grüne und Linke vorschlagen. Viele Anwohner befürchten, dass es nicht dabei bleibt, wenn die Autobrücke erst einmal gebaut ist.

Bis 2015, also in wenigen Jahren schon, wird der in den und vom Südosten Berlins fließende Autoverkehr zwischen Treptow und Mitte erheblich zunehmen – durch Kreuzberg und Friedrichshain hindurch. Mit der Eröffnung des neuen Flughafens in Schönefeld und vor allem mit der Verlängerung der Stadtautobahn A100 rechnet die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung mit einer Zunahme des Verkehr auf der Eisenbrücke um 50 Prozent von jetzt täglich 60.000 auf 90.000 Kraftfahrzeuge am Tag.

In der Schlesischen Straße wird der Kfz-Verkehr sich fast verdoppeln, so die Prognosen des Senats. In der Köpenicker Straße rechnet man mit einer Zunahme zwischen 25 und 50 Prozent. Auch auf der Warschauer Brücke ist beinahe eine Verdoppelung zu fürchten, auf der Stralauer Allee eine Zunahme um etwa ein Viertel.



Bürgermeister Schulz, seinerzeit noch Baustadtrat, beauftragte 2006 – heimlich und ohne vorherigen Beschluss des Bezirksparlaments – Verkehrsplaner mit Verkehrszählungen und Gutachten, um Material für die Begründung einer neuen Autobrücke zu erhalten. Ziel des Brückenbaus ist, die Köpenicker Straße, die Oberbaumbrücke und die Schillingbrücke von Verkehr zu entlasten. Im März 2006 stellte Schulz beim Senat einen Fördermittelantrag, in dessen schriftlicher Begründung steht, der Bau der Brommybrücke sei „in Entsprechung ihrer bezirklichen sowie gesamtstädtischen Bedeutung für motorisierten Verkehr nabeliegend“.

„Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten.“ Die ohnehin schon überlastete Skalitzer Straße wird durch eine Brommy- oder Manteuffel- Autobrücke zusätzlich Verkehr aus der Manteuffelstraße verkraften müssen – vor allem bei Veranstaltungen in der O2-World.

Weiter heißt es in dem Antrag des grünen Baustadtrats im Jahr 2006: „Als weitere Verbindung über die Spree (Brückenrundweg) ist – zeitlich nachrangig – die Errichtung eines Radfahrer- und Fußgängerstegs zwischen Manteuffelstraße auf Kreuzberger Seite und Straße der Pariser Kommune auf Friedrichshainer Seite vorgesehen.“

In mehreren Varianten errechneten die Gutachter eine Kapazität neuer Brücken über die Spree von 10.000 bis 25.000 Kfz täglich, um Verkehrsstaus an den vorhandenen Brücken zu reduzieren. Allerdings würde dies zu Lasten der Bewohner im Wrangelkiez gehen. Eine Zunahme des Verkehrs um 50 bis 100 Prozent wurde für die Eisenbahn-, Pückler- und Manteuffelstraße prognostiziert. Insbesondere letztere würde statt heute ca. 3.500 Kfz am Tag mit der neuen Brücke im kommenden Jahrzehnt bis zu 8.500 Autos verkraften müssen. Erhebliche Rückstaus an den Kreuzungen, mehr Lärm und Abgase sowie ein höheres Unfallaufkommen wären die Folgen.

Mit den umfangreichen Gutachten und Gutachtern zur Verstärkung erschien der grüne Bürgermeister im April 2007 auf einer Bürgerveranstaltung im „Kato“ im Schlesischen Tor und ließ für eine neue Autobrücke werben. Kosten: etwa 10 Mio. Euro. Nach einer Stunde lähmender Vorträge und ebenso lähmenden Entsetzens brach der Protest aus. Auf Vorschlag anwesender SPD-Mitglieder sagte Schulz der Versammlung am Ende zu, den Steg nur für Fußgänger und Radfahrer zu unterstützen – und hielt sich nicht daran.

Die Manteuffelstraße: heute ein urbanes Wohnquartier mit Schule – morgen eine Durchgangsstraße zur Brommybrücke?

Seit einem Jahr ringen nun die Befürworter einer Autobrücke mit den Freunden eines Stegs für den nicht motorisierten Verkehr. CDU, FDP und Linke sind für die Autobrücke, bei Grünen und SPD gab es beide Positionen. Die SPD hat sich nun festgelegt: auf einen Steg nur für Fußgänger und Radfahrer. Während die grüne BVV-Fraktion Schaufens-teranträge gegen eine Autobrücke stellte, versuchte ihr Bürgermeister sie hinter den Kulissen weiter durchzusetzen.

Jetzt haben Grüne und Linke mit Unterstützung von CDU und FDP die Autobrücke den Bürgern zur Abstimmung gestellt. Beim Bürgerentscheid am 13. Juli sollen sie einer Brücke zustimmen, die zwar für PKW und LKW gebaut wird, aber nur für den Busverkehr freigegeben werden soll: „Kein Bau einer weiteren Autobrücke (nur für öffentlichen Nahverkehr; Fußgänger und Radfahrer) über die Spree“, heißt es im Abstimmungstext der BVV-Mehrheit. Ein Schelm, der Böses dabei denkt ...



## Tricks und Verwirrungstaktik der Grünen:

Rund 2 Millionen Euro kostet der Fußgängersteg, gut 9 Millionen Euro eine Autobrücke über die Spree. Doch der Bezirksbürgermeister behauptet, für einen Steg gebe es derzeit kein Geld. Eine Autobrücke ließe sich dagegen aus EU-Mitteln fördern. Berlin müsste dann nur ca. 1,5 Millionen Euro kofinanzieren.

Das sind aber nur 0,5 Millionen Euro weniger als der Steg kosten würde. Die Förderrichtlinien der EU schreiben zudem vor, dass eine geförderte Brücke für den gewerblichen Verkehr, damit dem LKW-Verkehr genutzt wird. Eine „Brücke nur für den öffentlichen Nahverkehr“?

Auch für den Brommy-Steg steht in Wahrheit genug Geld bereit: Rund 9 Millionen soll ein von Bürgermeister Schulz gewünschter schmaler Steg vor den unmittelbar am Ufer stehenden Gebäuden entlang der Köpenicker und Schlesischen Straße kosten, vor denen kein Platz für den geplanten Uferweg ist. Dieser Steg solle bis 2011 gebaut werden, erklärte das Bezirksamt im April dem Bezirksparlament.

Kreuzberg – arm, aber sexy, dank eines Stegs auf der Spree, den sich Bürgermeister Schulz als Denkmal setzen will?

# Droht dem Bezirk Millionenschaden?

## Propaganda-Schlacht der Grünen

Eine heftige Zahlen-Schlacht liefern sich der Initiativkreis „Mediaspree-versenken“ und das Bezirksamt seit Monaten um die Frage, was abgespeckte Planungen an der Spree Berlin kosten würden. Ein freies Spreeufer in 50 Meter Tiefe und eine maximale Bauhöhe von 22 Metern fordert die Initiative. Mit angeblich 165 Millionen an drohenden Schadensersatzforderungen, damit dem Ruin des Bezirks, versucht der Bürgermeister, eine Überprüfung und Reduzierung der Planungen pauschal abzublocken.

Doch diese Behauptung will die Initiative dem Bezirksamt nun mit gerichtlicher Hilfe untersagen. „Pure Angstmacherei“ schimpfen ihre Matadoren. „Wir wollen den Bezirk nicht ruinieren, sondern die begonnene Diskussion mit dem Bezirk fortsetzen, um kostengünstige Lösungen zur Veränderung der Spreeuferplanungen zu verhandeln.“

Genau das lehnt der Bezirk aber ab und setzt beim Bürgerentscheid auf die Durchschlagskraft seiner Millionen-Warnung. Aus einem komplizierten Sachverhalt saugt die Propaganda des Bezirks Nahrung. In einem internen Vermerk des Stadtplanungsamtes für seinen Chef heißt es: „In den beiderseits der Spree gelegenen 50 m breiten Uferstreifen“ seien „alle Baulandflächen zusammengefasst worden, unabhängig davon, ob landeseigene Gesellschaften, das Land Berlin,

private oder juristische Personen Eigentümer sind und auch unabhängig davon, ob diese Flächen bereits in irgendeiner Form bebaut sind.“

Werden Baugenehmigungen drei Jahre nicht umgesetzt oder aus Bebauungsplänen erwachsende Baurecht sieben Jahre nicht in Anspruch genommen, können sie verfallen.

Der Bezirk bezieht demnach in seine „Berechnung“ Bestandsbauten wie die Spree-Speicher oder die Hafengebäude am Osthafen, die Heeresbäckerei oder die Viktoriaspeicher ein – allesamt Gebäude, die schon saniert wurden oder unumstritten erhalten bleiben sollen, auch aus Sicht von „Mediaspree versenken“. Deren 50-Meter Forderung beziehe sich nur auf Neubauflächen, beteuert man seit langem. Das Bezirksamt überhört es und trickt.

Die Unterstellung, bei einem erfolgreichen Bürgerentscheid wären auch Bestandsbauten betroffen und müssten aufgekauft, abgerissen und entschädigt werden, lässt die Schadensersatzdrohung ins Astronomische anschwellen.

Aber Bürgermeister Schulz lässt nichts unversucht, mit weiteren absurden Annahmen die Öffentlichkeit zu bluffen. Auf Kreuzberger Seite, so behauptet er, seien rund

Angesichts des Büroflächenleerstands in der Stadt scheuen die Investoren und Banken vor neuen Projekten. Wohnungsbau am Wasser dagegen entspräche dem akuten Nachfrage-Boom in Berlin nach hochwertigen Wohnungen. Investoren stehen bereit.

233.000 m<sup>2</sup> Bauland (23 Hektar) betroffen und lässt einen – allerdings spekulativen – Bodenwert dieser Grundstücke von 122 Millionen Euro ermitteln.

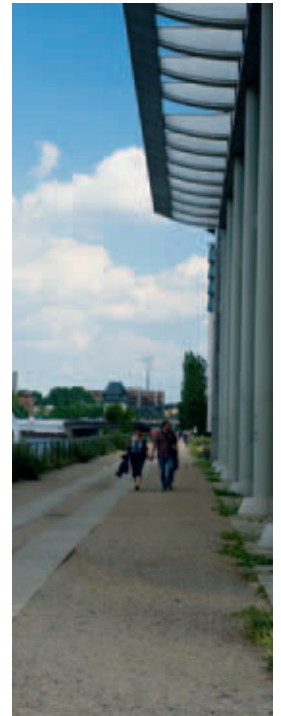
Deswegen forderte die SPD im Mai in der BVV ein Planungs- und Genehmigungsmoratorium bis Ende 2008, um Zeit zu gewinnen und Spielräume sorgfältig prüfen zu können.

Doch Bauland ist nicht gleich Bauland. Ein großer Teil dieser Bauflächen, wie das Dämmisöl-Grundstück der landeseigenen BEHALA, ist in der verbindlichen Bauleitplanung als Gewerbe- und Industriegebiet ausgewiesen. Wohnungen oder Bürokomplexe sind hier erst genehmigungsfähig, wenn der Bezirk dies mit seiner Bebauungsplanung ermöglicht. Erst damit würden aber auch die Bodenpreise von derzeit etwa 200 Euro/m<sup>2</sup> auf gut 1000 Euro klettern, die Schulz aber vorbeugend schon in sein Horror-Szenario einrechnen ließ.

An der Schlesischen Straße harrt seit 10 Jahren eine Brachfläche ihrer Bebauung. Die einst hier geplanten Cuvry-Höfe wurden nie errichtet. Auf 9300 m<sup>2</sup> Fläche sollten fast 40.000 m<sup>2</sup> Geschossfläche entstehen, ein Hotel, Büros, Wohn-Lofts, die Bebauung bis in die Spree ragen. Werden Baugenehmigungen drei Jahre nicht umgesetzt oder aus Bebauungsplänen erwachsende Baurechte 7 Jahre nicht in Anspruch genommen, können sie verfallen. Der Bezirk hätte also die Möglichkeit umzuplanen, ohne Schadensersatzforderungen auszulösen.

Nicht zuletzt ist die Bodenwertermittlung eine hochkomplexe Methode. Neben quantitativen gelten auch qualitative Faktoren. Die Reduzierung einer Bebauung kann aufgrund einer einhergehenden qualitativen Verbesserung ohne negativen Einfluss auf den Grundstückswert sein.

19 Jahre nach der Wende wurde an der Köpenicker Straße noch nicht ein neues Bauwerk errichtet, außer einem Discounter. Angesichts des Büroflächenleerstands in der Stadt scheuen die Investoren und Banken vor neuen Büro-Projekten. Wohnungsbau am Wasser dagegen entspräche dem akuten Nachfrage-Boom in Berlin nach hochwertigen Wohnungen. Investoren stehen bereit. „So lange die Grundstückseigentü-



Planungen geändert werden können, ohne Schadensersatz auszulösen. Am Osthafen sind die Spielräume nun gering, auf anderen Flächen durchaus groß.

Der Bezirk hat auf Kreuzberger Seite noch fast alle Trümpfe in der Hand, um eigene Ziele durchzusetzen, wenn er sie hätte.

Deswegen forderte die SPD im Mai in der BVV ein Planungs- und Genehmigungsmoratorium bis Ende 2008, um Zeit zu gewinnen und Spielräume sorgfältig prüfen zu können. Das lehnten die anderen



Bestandsgebäude wie die Heeresbäckerei (Bild links) wären von den Forderungen des Bürgerbegehrens überhaupt nicht betroffen. Dennoch unterstellen die Gegner des Begehrens hier fälschlicherweise satte Schadensersatzansprüche. Auch für das Areal der seit Jahren brach liegenden Cuvry-Höfe (Bild rechts daneben) könnte der Bezirk umplanen, ohne damit finanzielle Forderungen der untätigen Bauherren in spe auszulösen. Bild rechts oben: Vor den „Treptowers“ kann man sich schon heute einen Eindruck davon verschaffen, wie unattraktiv eine Bebauung bis kurz vor das Wasser sein kann. Ein besserer Trampelpfad für die Öffentlichkeit – wer will das schon?



mer auf Bürokomplexe setzen, die doppelt so hohe Bodenpreise bringen sollen, wird niemand hier Wohnungen bauen“, klagt ein Investor. „Ich würde lieber heute als morgen dort Wohnungen bauen, aber bei den Spekulationspreisen an der Spree würde sich das nicht rechnen.“

Nur differenziert und mit Sachverstand lässt sich ausloten, wo nach den grünen Genehmigungs-Organen der letzten Monate – wegen des anstehenden Bürgerentscheids besorgte Investoren und Grundstückseigentümer erhielten positive Baubescheide zuletzt im Handumdrehen –

Faktionen auf Initiative der Grünen ab. Doch selbst einige Grundstückseigentümer signalisieren Kompromissbereitschaft. Und andere werden ihre Pläne ohnehin nie mehr realisieren. Die Anschuetz-Group ließ schon 2007 erklären, dass sie die Büro-City rund um die O2-Arena nicht mehr errichten will. Irgendwann werden hier neue Planungen kommen – wann, überlässt der lieber untätige Bezirk dem Investor. Drohender Schadensersatz: Null Euro. Bereits entstandene Kosten des Bezirks: 25 Millionen Euro für die Erschließung.

# Nachhaltige Entwicklung und eine neue Zukunft für unsere Spree

## Beschluss der Kreisdelegiertenversammlung der SPD Friedrichshain-Kreuzberg

I.

Der Spreeraum an der Nahtstelle zwischen Friedrichshain und Kreuzberg und zwischen Elsenbrücke und Jannowitzbrücke ist einer der attraktivsten Stadträume Berlins. In ihrer Nachbarschaft liegen mit dem Wrangel- und dem Rudolfkiez zwei Stadtteile mit eher schwierigen sozialstrukturellen Verhältnissen sowie erheblichen städtebaulichen Defiziten.

Die besondere Attraktivität des Spreerraums und seine wichtigen Potentiale für eine Steigerung der Lebensqualität und eine Stabilisierung der benachbarten Stadtquartiere verbieten eine erneute Abriegelung des Flussraums von der Stadt durch maßlose Verdichtung, Segregation und Zonierung der Nutzungen, durch Grundstückspreis-Spekulation und als Barrieren wirkende Verkehrstrassen.

Stattdessen erfordern sie vielmehr eine maßvolle, offene und qualitativ hochwertige Entwicklung und Bebauung sowie die Bewahrung und Gestaltung großzügiger Freiräume am Flussufer. Die Spree muss zudem in die „Tiefe des Raumes“, das heißt „die Tiefe der angrenzenden Stadträume“ (Leitbild Spreeraum Friedrichshain-Kreuzberg, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung 2001) wirken können, erfahrbar und sichtbar sein. Ein an vielen Stellen möglicher optischer Bezug zum Fluss, zum gegenüberliegenden Ufer oder Stadtteil sowie die konsequente Anbindung der Stadtteile an den Fluss durch Wege- und Sichtbeziehungen müssen grundlegende Kriterien der städtebaulichen Entwicklung werden.

Technische und soziale Nachhaltigkeit der Stadtentwicklung im Spreeraum sollten unabdingbare Elemente des städtebaulichen Leitbildes sein. Daher ist eine ausgewogene Mischung und feinmaschige urbane Vernetzung von Wohnen und Arbeiten, Kultur und Erholung, Städtebau und Freiräumen mit Aufenthaltsqualität anzustreben.

II.

Vor diesem Hintergrund ist eine Intervention der Politik zugunsten einer anspruchsvollen Entwicklung des (erweiterten) Spreerraums erforderlich. Deshalb vertritt die SPD in Friedrichshain-Kreuzberg folgende Positionen:

1. Um laufende und derzeit durch die Genehmigungspraxis des Bezirksamts forcierte Fehlentwicklungen zu stoppen und einen fairen Umgang mit dem aktuellen Bürgerbegehren zu sichern, sollte die BVV ein Planungs- und Genehmigungsmoratorium bis Ende 2008 beschließen, d.h. die Aussetzung aller Genehmigungsverfahren durch Zurückstellung eingehender Bau- und Vorbescheids-Anträge gemäß Baugesetzbuch in Bereichen laufender Verfahren der verbindlichen Bauleitplanung. Wo wegen fehlender Aufstellungsbeschlüsse oder bereits erfolgter B-Plan-Festsetzungen keine Verfahren (mehr) anhängig sind, sind unverzüglich Aufstellungsbeschlüsse zu fassen oder Änderungsverfahren einzuleiten, um das Planungshoheit der öffentlichen Hand zurück zu gewinnen. Die Finanzierung der Aufwendungen für die



*Etwas mehr „öffentliches Grün“ darf's dann schon sein! Erster Teilabschnitt des Uferwanderwegs auf Kreuzberger Gemarkung – hinter dem Parkplatz des „Plus“-Marktes in der Köpenicker Straße*

Bauleitplanung erfolgt künftig über Folgekostenvereinbarungen mit den Grundstückseigentümern. Alle Verfahren sind dabei in Eigenregie der öffentlichen Hand zu organisieren.

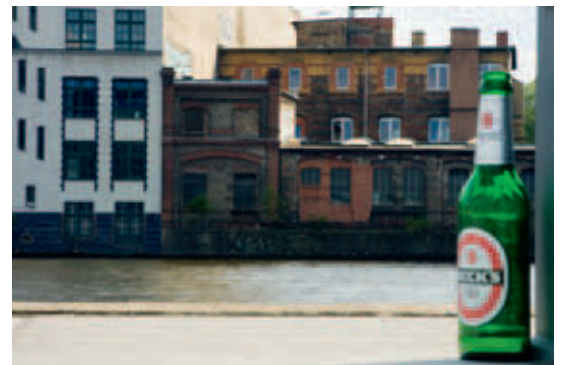
2. Es wird unverzüglich eine Überprüfung der Planungen eingeleitet und ein neues städtebauliches Leitbild erarbeitet. Hierzu wird von der BVV ein Beirat aus engagierten Fachleuten, Bürgern und Parteienvertretern gebildet, der die bezirklichen Planungs-Maßnahmen kontrolliert.



*Wohnen mit Blick aufs Wasser – leider nicht mehr lange! Die sechsspürige Stralauer Allee, die den Friedrichshainer Rudolfkiez von der Spree trennt, pumpt jeden Tag etliche zehntausende Fahrzeuge in die Stadt. Gerade dieser Uferabschnitt zeigt: Ohne ein weiträumiges Verkehrskonzept kann sich hier kein urbanes Leben entfalten. Darum fordert die SPD im Bezirk ein Planungs-Moratorium.*

3. Eckpunkte der künftigen Entwicklung sollen sein:

- (1) Es wird ein neues Verkehrskonzept erarbeitet, das Bezug nehmend auf das Leitbild Spreeraum von 2001 einen
- Rückbau der Mühlenstraße und Stralauer Allee beinhaltet,
  - eine Verlagerung des Verkehrs auf eine neue Straße vom Postbahnhof entlang der Bahntrasse zum Ostkreuz und
  - eine engmaschige Vernetzung der angrenzenden Stadtquartiere mit dem Spreeufer.



(3) Planungsziel ist ein 25 %-iger Freiflächen-Anteil (Grundstücksfläche) im Spreeraum im Gesamtentwicklungsgebiet, der hochwertig gestaltet wird.

(4) Der zu betrachtende Planungs- und Entwicklungsraum ist künftig der erweiterte Spreeraum – er erstreckt sich von der Elsenbrücke zum Ostkreuz, entlang der Bahntrasse zum Ostbahnhof bis zur Schillingbrücke bzw. dem Bahnviadukt, das an die Spree stößt, auf Kreuzberger Seite bis Mariannenplatz, Waldemarstraße und Görlitzer Straße, Lohmühlensinsel.

(5) Für den Rudolfkiez wird die Festsetzung als Sanierungsgebiet gemäß BauGB vorbereitet.

(6) Die Anwendung des besonderen Städtebaurechts (Entwicklungsmaßnahme) wird für alle Neuordnungsfächen im Spreeraum einschließlich Anschutz-Areal geprüft, um u.a. das bodenrechtliche Instrumentarium zu generieren.

(7) Die baurechtliche Ausgangslage für veränderte Planungen muss unverzüglich grundstücksscharf er-

mittelt werden. Der Bezirk wird aufgefordert, durch Ausschöpfen seiner baurechtlichen Gestaltungsspielräume die Durchsetzung von Schadenersatzansprüchen zu vermeiden. Negative Auswirkungen auf den bezirklichen Haushalt sind zu vermeiden. Mögliche Grundstückstauschangebote sind zu ermitteln und aktiv in einen künftigen Verhandlungsprozess mit Grundstückseigentümern einzubringen.

4. Mit den Initiatoren des Bürgerbegehrens wird eine Vereinbarung dahingehend versucht, dass die Forderungen des Bürgerbegehrens aufgenommen und neben unseren Eckpunkten zu Grundlagen des neuen Planungs- und Entwicklungsprozesses werden, insbesondere:

a) Die „50-Meter-Forderung“ wird auf „30 bis 50 Meter“ relativiert; die künftigen Planungen sollen dies berücksichtigen, soweit möglich.

b) Die Gebäudehöhe soll möglichst die Berliner Traufhöhe von 22 Metern nicht überschreiten.

c) Es wird keine Brücke für motorisierten Verkehr errichtet.

# Umdenken, bitte!

## Was will die SPD?



**Köln zwischen Altstadt, Dom und Rhein. Düsseldorf, Frankfurt, Bordeaux, Budapest, Paris: Die europäische Stadt und ihre urbanen Flussräume – ein Lehrstück in vielen Akten!**

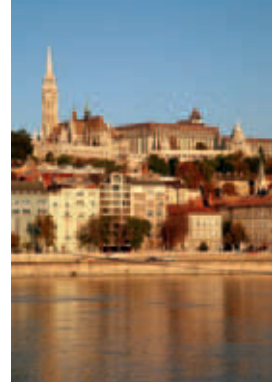
Ein Blick über den Tellerand zeigt beeindruckende Beispiele und Strategien der erfolgreichen Entwicklung neuer Lebensräume an städtischen Ufern. In den letzten Jahrzehnten haben viele Metropolen den Wert ihrer Ufer entdeckt und begriffen, wie sehr es auf anspruchsvolle Gestaltung, auf die Öffnung ihrer Stadt zum Ufer ankommt. Selbst in den teuersten Lagen Ber-

lins, zwischen Reichstag und Hauptbahnhof, wurde mehr Raum für das öffentliche Leben und Aufenthaltsqualität gelassen als links und rechts der Oberbaumbrücke.

In anderen Städten wurde für dreistellige Millionenbeträge der Autoverkehr verlagert, um die Uferäume zu befreien und müssen Investoren Abstand halten. Auch das Leitbild Spreeraum hatte anfangs gute Ansätze. Ein wenig verschämt schreibt die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung heute: „Die privaten Investitionsabsichten der Anschuetz-Entertainment-Group für die Arena am Ostbahnhof haben die Leitbildentwicklung wesentlich mitbestimmt.“



Nur langsam reift die Einsicht, dass Berlin die Planung nicht allein den Investoren überlassen darf, wie der Architekturkritiker Dieter Hoffmann-Axthelm im Tagesspiegel am 15. Juni 2008 mahnte. Ob an der Tiergartener Heidestraße oder der O2-Arena.



*Lebensraum am Wasser: Was in London, Paris, Düsseldorf oder Budapest (von links oben) längst Wirklichkeit ist, wäre auch an der Spree ein Gewinn!*

## Am grünen Strand der Spree

Melodie: Rudolf Bial

1. Wohin ich wand're durch die Welt,  
Weit über Meer und Land,  
Der Ort sich frisch im Herzen hält,  
Wo meine Wiege stand.  
Ja, käms Berliner Kind hinaus  
Ins Glücksland ohne Weh,  
|: Es kehrt zurück ins Vaterland  
Am grünen Strand der Spree. :|

2. Wir haben keine Berge hoch,  
Kein üppig fruchtbar Land,  
Und lieben unsre Heimat doch,  
Wie sie schuf unsre Hand.  
Und nennt man uns auch schönheitsarm  
Auf märk'schen Sand und See,  
|: Die Herzen schlagen doppelt warm  
Am Grünen Strand der Spree. :|

3. Pocht irgendwo des Unglücks Macht  
Recht hart und grausam an,  
Ist hier zu helfen Tag und Nacht  
Bereit wohl jedermann.  
Berlin, du leidgeprüfte Stadt,  
Hast manchen Sturm geseh'n,  
|: Doch hob man stets das Haupt empor  
Am grünen Strand der Spree. :|

4. Berlin, du sollst ein Beispiel sein,  
Für Fleiß und klaren Sinn,  
Für nie versagend' tapfern Mut,  
Du, unsre Königin.  
Wir lieben dich zu jeder Stund'  
In Freude Schmerz und Weh,  
|: Wir preisen dich mit Herz und Mund  
Am Strand der grünen Spree. :|

In Friedrichshain-Kreuzberg, zwischen Elsen- und Jannowitzbrücke, liegt einer der breitesten und spannendsten Abschnitte der gesamten Berliner Stadt-Spree. Ist das Ufer erst einmal verbaut und verriegelt, ist ein Potenzial vergeudet, dass gerade unser Bezirk dringend braucht. Es gehört zur Glaubwürdigkeit einzuräumen, dass auch die SPD zu lange zu unkritisch zusah, wie die Entwicklung aus dem Ruder lief. Dies hat nichts mehr mit den Leitbildern zu tun, die für die Spree in den 90er Jahren erarbeitet wurden.

Es ist der Verdienst des Bürgerbegriffens „Spreeufer für alle“, die Suche nach Leitbildern einer nachhaltigen Stadtentwicklung an der Spree wieder auf die Tagesordnung gesetzt zu haben. Es kann nicht allein die Büro-City neben der Event-Arena an der „Kieziautobahn“ sein, davor sechs oder zehn Meter Betonplatten als „Promenade“, so sehr die SPD Arbeitsplätze im Bezirk begrüßt.

Die Suche nach neuen Leitbildern setzt aber voraus, die Planungen der letzten acht Jahre zu überprüfen und sich dafür die erforderliche Zeit zu nehmen. Die arrogante Methode der Grünen, Tatsachen zu schaffen und abzublocken, geht hoffentlich nicht auf.

Die SPD und der „Spree-Rat“, ein parteiunabhängiger Arbeitskreis kritischer Planer, lädt daher zu einem öffentlichen Symposium am 11. Juli 2008 im Radialsystem V an der Holzmarktstraße (Beginn 13 Uhr). Hoffentlich ein Auftakt zu einer neuen Verständigung von Bezirk und Senat, von Bürgern und Politik über eine nachhaltige Entwicklung des schönsten Stadtraums, den wir haben. Wir brauchen Mut für eine Wende. Sie sind herzlich eingeladen!

### Impressum

Die „Rote Brücke“ ist die Zeitung des SPD-Kreisverbands Friedrichshain-Kreuzberg, Großbeerstraße 83, 10963 Berlin.

Telefon: 030.2.91.25.78  
Fax: 030.27.57.36.60  
Internet: www.spd-xhain.de

V. i. S. d. P. G.: Harald Georgii

Redaktion: Marie Augstein, Paul Bünzlü und Volker Härtig

Gestaltung: Michael Pückler

Die Angabe externer Internet-Adressen bedeutet nicht, dass die Redaktion mit den dort hinterlegten Inhalten jederzeit übereinstimmt oder diese unterstützt. Für den Fall, dass diese Inhalte gegen geltendes Recht verstoßen, wird dies hiermit vorsorglich ausdrücklich ausgeschlossen.



## Unsere Spree – Mut zu nachhaltiger Stadtentwicklung

### Neue Leitbilder für die Entwicklung des Spreerraums

Der Spreerraum zwischen Ostbahnhof und Eisenbrücke leidet unter der Erwartung, dass jeder Quadratmeter Spreeufer als Goldgrube ausgebeutet werden müsse. Bezirk und Senat überlassen die Planung den Großinvestoren und gewähren Bodenpreis-Steigerungen von über 500 Millionen Euro.



Die überzogene Bodenspekulation verhindert eine anspruchsvolle Stadtentwicklung. Doch die meisten Flächen am Ufer gehören noch dem Land Berlin.

Der Bürgerentscheid am 13. Juli 2008 gibt Anlass, jahrelange Fehlplanung in Frage zu stellen und neue Leitbilder für den Spreerraum zu entwickeln. Statt das Ufer baulich zu verriegeln, müssen Wrangel- und Rudolfskiez stärker von ihrer Ufernähe profitieren. Lassen sich die Verkehrsbelastungen am Friedrichshainer Ufer reduzieren? Braucht der Bezirk wirklich eine neue Autobrücke? Gibt es Alternativen zu den geplanten massiven Bürokomplexen à la „Verdi“ oder „Treptowers“ – etwa eine großzügigere Ufergestaltung mit Freiflächen oder Wohnquartieren am Wasser?



## Öffentliches Symposium

am 11. Juli 2008, 12.30 h  
im „Radialsystem“  
Holzmarktstr. 33,  
Berlin-Friedrichshain  
(Nähe Ostbahnhof)

#### Programm:

- 13 Uhr Einführung, Sachstand
- 14.30 Uhr Planung und Politik
- 16 Uhr Neue Leitbilder (Verkehr, Freiraum, Städtebau)
- 17.30 Uhr Abschlussdiskussion
- bis 18 Uhr

Voranmeldung dringend erbeten unter:  
info@spd-xhain.de (Stichwort: Spree)

Was lässt sich anderswo über die Gestaltung attraktiver innerstädtischer Ufer lernen? Informieren Sie sich und bilden Sie sich eine eigene Meinung. Für einen Neubeginn an unserer Spree!

Veranstalter:  
SPD Friedrichshain-Kreuzberg  
und Fachgesprächskreis „Spree-Rat“

unterstützt von: Radialsystem V

